

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

38. Jahrgang / 47

9. März 1983

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Vorsitzender der SPD-Bun-  
destagsfraktion, würdigt  
seinen Vorgänger Herbert  
Wehner: Der Onkel war wie  
ein Vater.

Seite 1

Hartwig Reimann, Oberbür-  
germeister von Schwabach,  
verurteilt die Ablehnung  
von Gedenkveranstaltungen  
zum 50. Jahrestag des Er-  
mächtigungsgesetzes durch  
CSU-Mehrheiten in bayeri-  
schen Kommunen.

Seite 3

Hans Kolo MdL, Umweltpoli-  
tischer Sprecher der baye-  
rischen SPD, kritisiert  
die Verordnung für Groß-  
feuerungsanlagen: Wirkt  
erst nach dem Tod des  
Waldes.

Seite 5

In Wahrheit warst Du uns eine Art Vater

Hans-Jochen Vogel an seinen Vorgänger Herbert Wehner

In meiner neuen Funktion geht mein erstes Wort an den, dessen Nachfolge Ihr mir soeben übertragen habt. Es geht an Herbert Wehner, und es ist ein Wort des Dankes und des tiefen Respektes. Es ist der Dank für eine ungewöhnliche, die herkömmliche Maßstäbe sprengende Lebensleistung, und es ist der Respekt vor einer großen Persönlichkeit, die zu dem kleinen Kreis derer gehört, die der Bundesrepublik seit den Tagen ihrer Entstehung ihren Stempel aufgedrückt haben.

Ich spreche hier nicht von dem Sozialdemokraten, dem Parla-  
mentarier, dem Journalisten, dem politischen Menschen Her-  
bert Wehner im allgemeinen. Ihn werden Partei und Fraktion  
anlässlich seines Ausscheidens aus dem Parlament, dem er  
34 Jahre angehört hat, in einer gesonderten Veranstaltung  
würdigen und ehren. Ich spreche von dem Fraktionsvorsitzen-  
den, der 13 Jahre lang, seit dem Oktober 1969, an der  
Spitze dieser Gemeinschaft stand.

Wir alle spüren, welchen Einschnitt diese Stunde bedeutet. Was es heißt, daß Du künftig nicht mehr unsere Sitzungen leiten und auch nicht mehr für uns im Plenum das Wort nehmen wirst. Es ist wie der Abschied von einem Vater, dessen ständige Sorge und Anwesenheit selbstverständlich erschien und dessen Weggang das Gefühl der Einsamkeit, ja der Verlassenheit aufkommen läßt. Denn wenn wir Dich auch alle unter uns in einer freundschaftlichen Mischung von Vertrautheit und Respekt Onkel nannten - in Wahrheit warst Du doch für die meisten von uns eine Art Vater. Und deshalb hatte Helmut Schmidt recht, wenn er auf dem Dortmunder Parteitag in Bezug auf die Gefühle, die Dir viele von uns entgegenbringen, nicht nur von Verehrung und Respekt, sondern auch von Liebe sprach - ein Begriff, der aus gutem Grund im politischen Leben nur spärlich und eher zögernd verwandt wird.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Druckerei Linde  
aus dem alten Rotmühl-  
Riegel-Papier



Zu all dem gehört, daß Du wie wenige Autorität besitzt. Übrigens auch gegenüber Deinen Gegnern und gegenüber denen, die sich an Deinen Ecken und Kanten reiben. Es ist nicht die Autorität des Amtes, das Du inne hattest. Es ist die Autorität des Lebens, das Du gelebt, der Irrtümer, die Du überwunden, der Gefahren und Herausforderungen, die Du bestanden hast.

Es ist die Autorität, die einem Manne zuwächst, der viele, ja fast alle Facetten der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts selbst erlitten, der alle Höhen und Tiefen selbst durchgemessen hat und dabei zu dem geworden ist, als der er heute vor uns steht: Als ein Patriot im eigentlichen unpathetischen Sinn des Wortes, dem nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle zu danken haben, die sich ein Gefühl der Größe und der Menschlichkeit bewahren.

Wir alle wissen, daß Du gerne zitierst. Mehr als einmal habe ich selbst erlebt, daß Du eine alte Schrift aus der Tasche gezogen hast, die im Jahre 1890 im Zusammenhang mit dem 1. Mai jenes Jahres erschienen ist, in dem dieser Tag erstmals international als Feiertag der Arbeit begangen wurde. Und aus dieser alten Schrift liest Du dann die folgenden Sätze vor:

"Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich geworden, wenn die Widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft, wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, die Leiter und Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten. Wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein ohne fremde Hilfe instande waren, ihre Interessen zu vertreten, an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen."

Nach diesen Grundsätzen hast Du Dein Leben lang gehandelt, auch als Fraktionsvorsitzender. Als der Widerstandsfähigere, der Erfahrenere, der Entschlossener hast Du nie nur für Dich gesorgt und gekämpft. Du hast Dich vielmehr stets als Vorkämpfer, als Leiter und Organisator der Fraktionsarbeit verstanden. Und Du warst stets bestrebt, unsere gemeinsamen Interessen so wirksam wie nur möglich zu vertreten. Oder, um es mit Deinen Worten zu sagen: Du hast den Karren gezogen, so lange es Dir Deine Kraft erlaubt und Deine Pflicht und Dein Pflichtgefühl geboten hat.

Dafür danke ich Dir. Und ich bitte Dich, auch künftig, so oft Du es nur willst und kannst, an unseren Sitzungen teilzunehmen und uns mit Deinem Rat zu begleiten. Und deshalb bitte ich Dich auch, das Büro im alten Bundeshaus zu beziehen und zu nutzen, das Dir jetzt zur Verfügung steht. Denn ein Bundeshaus ohne Herbert Wehner - das können wir uns ebensowenig vorstellen wie einen Herbert Wehner, der nicht zumindest einen Teil seines Tages oder doch der Woche im Bundeshaus zubringt und dort für seine Freunde und Besucher zu sprechen ist: Ob Du das willst oder nicht: Du bist inzwischen eine sozialdemokratische Institution geworden. Und eine solche Institution kann eigentlich überhaupt nicht in einen wirklichen Ruhestand treten.

Deshalb ist dies heute kein Abschied, sondern nur eine Änderung Deiner Funktion. Die Fraktion ist stolz darauf, daß sie Dich auch künftig zu den ihren zählen darf.  
(-/9.3.1983/ks/hgs)

+ + +

Erste Rede Hans-Jochen Vogels vor der SPD-Bundestagsfraktion nach seiner Wahl zu deren neuem Vorsitzenden am Dienstagabend.



CSU verhindert Gedenkveranstaltungen zum "Hitler-Jahr"

---

Unterschiedliche Reaktionen auf die Anträge der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker

Von Hartwig Reimann

Oberbürgermeister von Schwabach

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)-Bayern

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler. Am 29. April 1933 stimmte der bayerische Landtag mit 84 Ja-Stimmen gegen die 16 Stimmen der Sozialdemokraten dem "Ermächtigungsgesetz für Hitler", dem "Gesetz zur Behebung der Not des bayerischen Volkes und Staates" zu. In der Folgezeit wurden viele sozialdemokratische Kommunalpolitiker von den Nationalsozialisten in brutaler Weise aus den Stadt- und Gemeinderäten hinausgeprügelt, in Konzentrationslager geschleppt und am Leben bedroht. Durch das Verbot der SPD in Bayern am 22. Juni 1933 wurde jede weitere politische - auch kommunalpolitische - Arbeit der Sozialdemokraten unmöglich gemacht.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK) wandte sich Ende des letzten Jahres an ihre Mitglieder in den Städten, Gemeinden und Landkreisen mit der Bitte, in ihren kommunalen Gremien jenes Tages zu gedenken, an dem sozialdemokratische Kommunalpolitiker zum letzten Male an Ratssitzungen teilnehmen konnten. Zu erinnern an jene Monate ab Anfang 1933, als die kommunalpolitische Wirksamkeit der Sozialdemokraten immer stärker eingeschränkt, zuletzt unterbunden wurde. Gerade weil sich diese Abläufe in jeder Gemeinde des Freistaates anders dargestellt haben, sollten sich die SPD-Kommunalpolitiker dafür einsetzen, daß die Bürger, vor allem auch die jüngeren einen Einblick in die leidvollen und historischen Erfahrungen demokratisch gewählter Kommunalpolitiker erhalten.

Sehr viele SPD-Fraktionen in den Städten und Gemeinden sind dieser Aufforderung gefolgt: Sie haben vorgeschlagen, zum Gedenken an diese Monate Veranstaltungen durchzuführen. Gerade Vorgänge in der eigenen Heimatstadt können, so ihre Argumentation, geschichtliche Zusammenhänge viel deutlicher machen als theoretische historische Abhandlungen.

Mit ihren Anträgen sind die Sozialdemokraten teilweise auf eine völlig unbegreifliche Abneigung der CSU gestoßen. Der Verdacht liegt nahe, daß dahinter eine Regieanweisung aus der Nymphenburger Straße steht. Und man fühlt sich fatal an jene schlimme Auseinandersetzung Ende des vergangenen Jahres erinnert, als die CSU-Fraktion die Forderung nach einer Sondersitzung des bayerischen Landtags ablehnte: Sie hatte den Sozialdemokraten damals parteipolitische Perfidie unterstellt und behauptet, man wolle sie "in die rechte Ecke bugsieren".

Es geht der SPD weder darum, heute noch lebenden Bürgern Schuld zuzuweisen, noch darum, führende Politiker - zum Beispiel der Bayerischen Volkspartei - nachträglich an den Pranger zu stellen. Die Sozialdemokraten sehen den Sinn derartiger Veranstaltungen ausschließlich darin, die Vorgänge vor und nach der "Machtergreifung" darzustellen, um Lehren für heute daraus zu ziehen.

Es ist bedrückend, wie - mit welcher Wortwahl und welchen taktischen Winkelzügen - die CSU vor Ort Möglichkeiten zur Bewußtseinsbildung ausschlägt. Wie unterschiedlich sich die CSU-Politiker auf kommunaler Ebene verhalten, zeigen die folgenden Beispiele aus Hof, Forchheim, Straubing, Unterhaching und München.

Hof. CSU: "Die Leute haben die Schnauze voll."

"Die Leute haben die Schnauze voll." - Mit diesem Satz begründete der CSU-Landtagsabgeordnete Klaus Kopka im Hofer Stadtrat das Nein der CSU zu der Forderung der SPD, die Stadt solle eine Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus abhalten. Der CSU-Stadtrat Wolf Perl argumentierte, es sei nicht Sache der Stadtverwaltung, "in der Vergangenheit herumzuwühlen". Der Vorsitzende der Hofer CSU-Stadtratsfraktion schließlich erinnerte an die wirtschaftliche Situation von Millionen, die sich auf eine Besserung ihrer Verhältnisse auf Grund der Versprechungen des späteren Diktators verlassen hätten, und meinte, daß man heute die Bevölkerung nicht in ehrenwerte und weniger ehrenwerte Gruppen aufteilen könne. Als bei der SPD Unmut laut wurde, reagierte der CSU-Fraktionschef mit der Bemerkung: "Das sind heute dieselben Symptome wie damals." Die SPD-Fraktion zog draufhin aus.

Forchheim. CSU: "Nicht die Zeit vor 50 Jahren ausschachten."

"Wem dient es, wenn die alten Sachen wieder hervorgekramt werden?" Mit dieser Frage reagierte der Oberbürgermeister von Forchheim, Ritter von Traitteur, auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, am 10. März eine Gedenkfeier abzuhalten. Der CSU-Fraktionsvorsitzende Paul Weber ergänzte, daß man nicht immer wieder versuchen sollte, die Zeit vor 50 Jahren auszuschlachten, "so daß die Bürger sich oft schämen müßten, wenn die Namen ihrer Eltern oder Großeltern genannt würden". Obwohl die SPD betonte, daß es keineswegs um irgendwelche Schuldzuweisungen ginge, man aber die Gelegenheit nutzen müsse - am 10. März 1933 hatte in Forchheim erstmals die Fahne der Nationalsozialisten auf dem Rathausdach geweht, die Amtsträger im Rathaus waren entmachtete - aus der Geschichte zu lernen, was man nur könne, wenn man sich damit befasse, blieb die CSU bei ihrer ablehnenden Haltung.

Straubing. CSU: Gedenkveranstaltung "keine Verwaltungsaufgabe"

Auch in Straubing wurde ein Antrag der SPD-Fraktion auf Einberufung einer Sondersitzung zum Gedenken an den Tag der Machtergreifung abgelehnt. Oberbürgermeister und CSU-Stadtratsmehrheit folgten in nicht-öffentlicher Sondersitzung einem Antrag von Valentin Graf Ballestrem. Dieser hatte gefordert, den SPD-Antrag abzulehnen. Graf Ballestrem wörtlich: "Eine Debatte über ein nationales historisches Ereignis wie die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Deutschen Reich ist weder die Wahrnehmung einer Verwaltungsaufgabe noch gehört sie zu den Aufgaben des eigenen oder übertragenen Wirkungskreises ... Vielleicht könnte dieser Hinweis die Wirkung haben, daß sich die Mitglieder des Stadtrates alle künftig auf ihre ureigensten Aufgaben besinnen und damit agitatorische Propagandareden ... unterlassen werden." CSU-Oberbürgermeister Ludwig Scherl stellte entsprechend dieser Argumentation fest, daß die Gemeindeverwaltung nicht die Befugnis habe, zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, soweit die Gemeinde nicht als einzelne Gemeinde betroffen ist. Damit schloß der Oberbürgermeister die Sitzung und zog gemeinsam mit der CSU-Fraktion und der Verwaltung aus.

Im Fall Straubing stellt sich übrigens die Frage, ob es für die Stadt nicht genug Anlaß für eine Gedenkstunde sein könnte, daß ihr ehemaliger Stadtrat und zweiter Bürgermeister, Josef Laumer, zu den 16 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zählte, die am 29. April 1933 im bayerischen Landtag das Ermächtigungsgesetz Hitlers ablehnten.

Unterhaching. CSU bedient sich "zentraler" Sprachregelung

Auch in Unterhaching bei München hat der Gemeinderat mit den Stimmen der CSU den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, zur Erinnerung an die Absetzung des Bürgermeisters und des Gemeinderats durch die Nationalsozialisten eine Gedenkveranstaltung im Rathaus durchzuführen. Die CSU argumentierte nach dem auch aus anderen Orten bekannten Schema, der Gemeinderat sei nach der bayerischen Gemeindeordnung kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan, das nicht kompetent sei, derartige politische Themen zu behandeln.

Man gewinnt den Eindruck, daß die CSU eine zentrale Sprachregelung herausgegeben hat, um derartigen SPD-Anträgen zu begegnen. Vergeblich appellierte die SPD-Fraktion in Unterhaching an die CSU-Kollegen, sie mögen sich doch vorstellen, sie würden durch einen faschistischen Machthaber abgesetzt; dann würden sie sich doch sicher nicht auf die Gemeindeordnung zurückziehen und eine Diskussion über ihre Absetzung ablehnen. Die CSU blieb zwar bei ihrem Nein, zeigte sich jedoch immerhin von der SPD-Argumentation so beeindruckt, daß ihr dämmerte, man müsse doch irgendeine Veranstaltung durchführen: Nun soll der Gemeinderat zusammen mit dem Kreisjugendring eine Gedenkstunde veranstalten - allerdings außerhalb des Rathauses.

München. CSU "begrüßt" SPD-Vorschlag

"Erfreuliches" - das eigentlich selbstverständlich sein müßte - ist aus der Landeshauptstadt zu vermelden: Der Ältestenrat des Stadtrats "begrüßte" den Vorschlag der SPD-Fraktion, eine Gedenkveranstaltung zum "Hitler-Jahr" durchzuführen. Der CSU-Mehrheit und Oberbürgermeister Kiesel scheint klar gewesen zu sein, daß in München, der Stadt mit dem fatalen früheren Titel "Hauptstadt der Bewegung", in der die Nazis besonders brutal vorgingen, die Ablehnung einer solchen Gedenkstunde völlig undenkbar ist. Die Veranstaltung soll im Alten Rathaussaal stattfinden - am 20. März, dem 50. Jahrestag des erzwungenen Rücktritts des damaligen Oberbürgermeisters Karl Scharnagl. Namhafte Historiker sollen dabei die Bedeutung des Tages würdigen und die Ereignisse vor 50 Jahren darstellen.

+ + +

(-/9.3.1983/ks/hgs)

### Der große Bluff

---

Großfeuerungsanlagenverordnung wirkt erst nach dem Tod des Waldes

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Mit der neuen Großfeuerungsanlagenverordnung "wird auch ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung des sauren Regens geleistet werden". So jedenfalls sieht es der bayerische Ministerrat. Tatsächlich dient diese Verordnung aber nur dazu, den Bürger einzulullen. Denn prüft man dieses 83-Seiten-Werk genau, dann wird deutlich, daß die so hochgepriesene Verordnung erst posthum wirkt, nach dem Tod des Waldes nämlich. Der Anschein, daß etwas geschehen sei, trügt.

Und das steckt hinter dem Bluff, daß die neue Großfeuerungsanlagenverordnung gegen das Waldsterben gut sein soll: Die Werte aller genannten Schadstoffe, vor allem des Schwefeldioxids (SO<sub>2</sub>), sind nicht ab sofort zu reduzieren. Für alle Altanlagen gelten die neuen Werte erst nach zwei beziehungsweise fünf Jahren, weitere Fristverlängerungen sind auch anschließend möglich. Im Klartext heißt das: Die Großfeuerungsanlagenverordnung schützt den Wald dann, wenn kein Wald mehr da ist, der geschützt werden muß.

Altanlagen sind alle Anlagen, die bereits heute unsere Umwelt verpesten oder eben dies in nächster Zeit tun können, weil sie schon genehmigt sind. Nach Paragraph 20 der Verordnung dürfen diese "alten" Kraftwerke mit einer Leistung von mehr als 400 Megawatt - also alle großen Kraftwerke - nicht etwa nur 400 Milligramm SO<sub>2</sub> emittieren, wie groß verkündet wurde, sondern mehr als das Sechsfache, nämlich 2.500 Milligramm. Einzige Bedingung: Die Restnutzungsdauer wird auf 40.000 Betriebsstunden beschränkt, was je nach Betriebsleistung bedeutet, daß das Kraftwerk noch drei bis zehn Jahre genutzt wird.

Noch deutlicher wird die besondere Qualität dieser von der bayerischen Staatsregierung so hochgejubelten Errungenschaft der Bonner Rechtskoalition bei den "kleineren" Altanlagen. Kraftwerke mit einer Restnutzung unter 15.000 Betriebsstunden, die kleiner als 400 Megawatt sind, dürfen weiterhin alles emittieren. 15.000 Betriebsstunden bedeuten aber eine verbleibende Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren.

Die Großfeuerungsanlagenverordnung hat also genau das bewirkt, was von einer CDU/CSU/FDP-Regierung als Beitrag gegen das Waldsterben zu erwarten war: Nichts. Das Hearing im bayerischen Landtag hat gezeigt, daß der Wald nur noch zu retten ist, wenn sofort etwas geschieht. Hier fünf oder acht oder zehn Jahre zu warten, wie es der "wirksame Beitrag" aus Bonn vorsieht, ist ein Todesurteil.

Die Verordnung ist also ebenso sinnlos wie unwirksam. Sie ist darüber hinaus aber noch gefährlich, gefährlicher als das bisher von der Union praktizierte Nichtstun: Sie wiegt den Bürger in Sicherheit, im Glauben, die Verantwortlichen hätten was gemacht, hätten endlich die Initiative ergriffen. Dies ist eine Möglichkeit, Politik zu machen. Bloß: Wer solche Bürgerbefriedigungsaktionen startet, darf sich nicht wundern, wenn der Bürger das Vertrauen in die Politik und in die Politiker verliert.



Kein Wunder also, wenn selbst die bayerischen Ministerien in dieser Verordnung keine Ansatzpunkte zum Handeln sehen.

Hier muß der bayerischen Staatsregierung und Bonn der Vorwurf gemacht werden, daß sie es nicht ernstmeinen mit ihrem Kampf gegen das Waldsterben, daß es sich bei ihren Initiativen um Scheingefechte handelt. Der Freistaat könnte sofort handeln, ohne Gesetze und Verordnungen zu erlassen oder abzuwarten. Eine einfache Rechnung beweist dies: Die Bayernwerke produzieren 75 Prozent des bayerischen Stroms. Und der Freistaat hat bei den Bayernwerken absolut das Sagen mit seiner 60prozentigen Mehrheit.

Der Freistaat - verantwortlich geführt durch die CSU-Staatsregierung - ist der größte Verursacher der Luftverpestung. Die Heizkraftwerke sind, wie oben beschrieben, zum größten Teil in öffentlicher Hand; sie sind die wesentlichen Emittenten für Schwefeldioxid. Die Müllverbrennungsanlagen als wichtige Emittenten von Schwermetallen sind ebenfalls in der Regel im Besitz der öffentlichen Hand. Wer könnte den Freistaat als Eigentümer dieser Anlagen hindern, sein Kraftwerk stillzulegen oder mit Rauchgasfiltern auszustatten? Was stünde dem Einbau besserer Filter in die Müllverbrennungsanlagen im Wege? Die bayerische Staatsregierung soll doch endlich aufhören, so zu tun, als wäre sie ohne Gesetze und Verordnungen gegenüber den Elektrizitätsversorgungsunternehmen machtlos. EVU's und bayerisches Umweltministerium sind doch nur zwei Hände an einem Körper, von denen eine nicht wissen will, was die andere tut, von denen die eine sich weigert, Einfluß auf die andere zu nehmen.

Beeinflussen könnte die bayerische Staatsregierung auch die Automobilhersteller. Kraftfahrzeuge geben den Großteil der Stickoxide, die unsere Umwelt belasten, ab. Und es kann nicht länger tragbar sein, daß Export-Autos umweltfreundlicher gebaut werden als die für das Inland bestimmten Kraftfahrzeuge. Als Beitrag der Staatsregierung schlage ich vor: Bei Neuanschaffungen für den staatlichen Fuhrpark werden nur Autos mit Abgaskatalysatoren angeschafft; gleichzeitig beginnt der Staat in seinem Bereich mit der Verwendung bleifreien Benzins. Der Freistaat könnte mit einer solchen - zudem werbewirksam verkaufbaren - Aktion zugleich eine Pilotfunktion für den Wirtschafts- und den privaten Bereich übernehmen.

Neben diesen Möglichkeiten, die der Staat ohne jegliche gesetzliche Verpflichtung nutzen könnte, muß über den Gesetzesweg das Verursacherprinzip zum Tragen kommen: Die Einführung einer Emissionsgabe, also nicht nur für Schwefel, sondern für alle Schadstoffe, ist eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Luftverunreinigung und Waldsterben. Das Abwasserabgabengesetz, bei dem dieses Instrument eingesetzt wurde, ist der Beweis für die Effizienz einer solchen Abgabe: Bereits vor deren Einführung wurden die Emittenten veranlaßt, entsprechende Investitionen zu tätigen oder besonders verunreinigte Anlagen stillzulegen.

An alle, die mit dem Wald einen Wahlkampf führen, die den Wald zu Scheinaktivitäten mißbrauchen, sei die Warnung gerichtet: Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt, in dem sie sich daran messen lassen müssen, was sie erreicht haben. Die Frage ist nur, ob dann der Wald noch steht ...  
(-/9.3.1983/ks/hgs)

+ + +

